

# Tätigkeitseinschränkungen für Heilpraktiker\*Innen

**Ärzten, Zahnärzten (Geburtshilfe auch Hebammen) sind folgende Behandlungen vorbehalten:**

- 1) Behandlung übertragbarer Krankheiten, die im Infektionsschutzgesetz (Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen, IfSG) in den §§ 6, 7, 24 oder 34 erwähnt sind;
- 2) Schutzimpfungen nach § 20 Abs. 4 IfSG;
- 3) Anwendung verschreibungspflichtiger Arzneimittel. (Arzneimittelgesetz).
- 4) Verordnung von Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz, BtmG - Ausnahme: Opium ab D6).
- 5) Geburtshilfe (Hebammengesetz, HebG)
- 6) Ausübung der Zahnheilkunde (Zahnheilkundengesetz, ZHG)
- 7) Röntgen (Strahlenschutzverordnung, StrlSchV)
- 8) Heilbehandlungen für die gesetzlichen Krankenkassen (V. Sozialgesetzbuch, SGB V);  
Früher war hier die Reichsversicherungsordnung (RVO) maßgebend: Im Rahmen der Sozialversicherung regelte die RVO die Kranken-, Renten-, Unfall- und Knappschaftsversicherung.  
Seit dem In-Kraft-Treten der Gesundheitsreformgesetze (01.01.1989) sind diese Bereiche nun durch das V. Sozialgesetzbuch geregelt. Der Inhalt ist derselbe geblieben: Die §§ 15 und 27 bestimmen, dass medizinische Behandlung im Sinne dieses Gesetzes nur durch Ärzte und Zahnärzte geleistet wird. Daraus folgt grundsätzlich, dass Heilpraktiker ihre Leistungen nicht mit den gesetzlichen Krankenkassen abrechnen können.
  - Nur in einzelnen Ausnahmefällen konnten Patienten eine nachträgliche Erstattung der Heilpraktiker-Kostengegenüber den gesetzlichen Krankenkassen auf dem Rechtsweg durchsetzen
  - Erstattungen der HP-Kosten im Rahmen von Kulanzregelungen kommen vor, eröffnen aber keinen weiter- gehenden Rechtsanspruch.
  - Private Krankenkassen (je nach Vertragsbedingungen) sowie die Beihilfe für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst erstatten bestimmte Leistungen von Heilpraktikern teilweise oder ganz.
- 9) Leichenschau, Ausstellung der Totenscheine sowie von Leichenpässen (Bestattungsgesetze der Länder)
- 10) Schwangerschaftsabbrüche § 218, 218a (Strafgesetzbuch, StGB)
- 11) Untersuchungen und die Entnahme von Blutproben bei strafbaren Handlungen (§§ 81a und 81c Strafprozessordnung).
- 12) Blutspendenentnahme (§ 7 Abs. 2 Transfusionsgesetz, TFG)
- 13) Durchführung von Kastrationen (Kastrationsgesetz, KastrG)
- 14) Künstliche Befruchtung, Präimplantationsdiagnostik, Übertragung eines menschlichen Embryos, Konservierung eines menschlichen Embryos (Embryonenschutzgesetz, ESchG)
- 15) Diagnostische genetische Untersuchungen, Analysen und Beratungen (Gendiagnostikgesetz, GenDG)

## Weitere Tätigkeitseinschränkungen bzw. Pflichten für den Heilpraktiker

### ➤ nach dem Heilpraktikergesetz:

1. Keine Berufsausübung unter einer anderen Bezeichnung als der Bezeichnung Heilpraktiker (§1 Abs. 3 HPG).
2. Keine Ausübung der Heilkunde im Umherziehen (§ 3 HPG).

### ➤ nach dem Infektionsschutzgesetz:

1. Meldepflichten nach §§ 8 i.V.m. 6 IfSG
2. Verbot der Arbeit mit vermehrungsfähigen Keimen ohne Erlaubnis (§44 IfSG).

### ➤ nach dem BGB:

1. Keine Unterbringung psychisch Kranker und deren Betreuung (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, PsychKHG oder ähnliche Gesetze der jeweiligen Bundesländer),
2. Einhaltung der vertragliche Pflichten aus dem Behandlungsvertrag

## Weitere Berufseinschränkungen bzw. Pflichten aus verschiedenen Gesetzen und Verordnungen:

1. Einhaltung von Hygienevorschriften (IfSG, Hygieneverordnungen, GöGD)
2. Verbot, in der Praxis anfallenden Müll oder Abfall anders als durch die Ortsbehörde vorgeschrieben zu beseitigen. Die Übergabe an die öffentliche Müllabfuhr ist zwingend vorgeschrieben (KrWAbfG und die Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall LAGA).
3. Einhaltung der Vorgaben nach dem Medizinproduktegesetz
4. Verbot unzulässige, irreführende Werbung im Zusammenhang mit der Berufsausübung zu betreiben (Gesetz über die Werbung auf dem Gebiet des Heilwesens, HWG oder Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, UWG).
5. Verbot der Benutzung des Rotkreuzzeichens oder des Schweizerischen Staatswappens ohne besondere Erlaubnis, im Zusammenhang mit der Berufsausübung.
6. Verbot der Führung eines akademischen Titels ohne Genehmigung einer deutschen Behörde, auch wenn er von einer ausländischen Hochschule verliehen wurde.